N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 24. April 2015, 16:30 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Böttcher, Büchner, Daser, Hesse, Laumer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk,
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Range, Röhrkohl, Schaffner, Stötzel,
GRÜNE:	Dr. Baumann, Flohrschütz, Göttling, Messik, Dr. Neuwohner, Nezi, Sollwedel, Volz,
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske,
FDP:	Bokelmann, Selinka
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann,
BFM	Suntheim-Pichler,
Piratenpartei	Dr. Weber

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel,
Bürgermeister Dr. Kahle,
Stadträtin Dr. Weinbach,

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver,
Stadtrat Hertlein,
Stadträtin Laßmann,
Stadträtin Oppermann,
Stadtrat Rehlich,
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtrat Sprywald,
Stadtgrat Stürmer.

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hussein, Löwer, Seelig (SPD), Pfalz, Scherer, Stompfe, Vaupel (CDU), Dorn, Dr. Lindemann, Dr. Perabo, Seitz, Dr. Therre-Staal (B90/Die Grünen), Stadtrat Ludwig, Stadträtin Schulze-Stampe,

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk, SPD-Fraktion, eröffnet die Sitzung um 16:36 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung werden festgestellt. Gegen die Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. März 2015 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche zum Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgefertigten Fassung als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegt eine dringliche Beschlussvorlage des Magistrats vor, über deren Aufnahme in die Tagesordnung entschieden werden muss.

Windkraft am Standort „Lichter Küppel“, Vorlage VO/4016/2016.

Die Magistratsvorlage wurde bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. April zusammen mit einem Änderungsantrag der CDU-Fraktion (ehemaliger Dringlichkeitsantrag) beraten und beschlossen. Aussprache wurde angemeldet.
Der Ältestenrat hat in seiner gestrigen Sitzung empfohlen, die Vorlage als TOP 14.1 in die Tagesordnung aufzunehmen.
Die Vorlage liegt alles Stadtverordneten zusammen mit dem Änderungsantrag der CDU und dem Bericht des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Vorlage **Windkraft am Standort „Lichter Küppel“, Vorlage VO/4016/2016, wird als TOP 14.1 in die Tagesordnung aufgenommen.**
Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Ergänzungen der Tagesordnung werden aus dem Hause nicht beantragt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin gibt anschließend einen Überblick über die Tagesordnung, die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Vertagungen von Vorlagen.

Die Tagesordnung wird in der ergänzten Fassung genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Frage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal Nr. 01/24.04.2015 B90/Die Grünen-Fraktion Vorlage: VO/4001/2015

Wie hat es sich bewährt, dass auf offiziellen Einladungen die Wegebeschreibung, insbesondere die barrierefreien Zugänge, angegeben sind? Und wird dies bei den Oberbürgermeisterwahlen für alle Wahllokale Anwendung finden?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Für alle Veranstaltungen, die in der Zuständigkeit des Magistrats der Universitätsstadt Marburg liegen, wird darauf geachtet, sofern es der Veranstaltungsort zulässt, dass ein barrierefreier Zugang möglich ist. Sowohl für Personen mit körperlicher Beeinträchtigung, als auch für Personen, welche sinnesgeschädigt sind, wird Hilfe angeboten. Ferner werden Einladungstexte in leichter Sprache verfasst. Aufgrund fehlender Rückmeldungen gehen wir davon aus, dass sich die Wegebeschreibung, insbesondere die Angabe der barrierefreien Zugänge, bewährt haben.

Die Wahllokale wurden und werden unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit in enger Abstimmung mit unserem FD Soziale Leistungen - Behindertenhilfe - ausgewählt. Die wenigen Ausnahmen sind den eingeschränkten Auswahlmöglichkeiten der Wahllokale in den einzelnen Wahlbezirken geschuldet. Alle barrierefrei zugänglichen Wahllokale werden als solche mit einem Rollstuhl-Piktogramm auf der Wahlbenachrichtigung gekennzeichnet. Sollte es dennoch so sein, dass ein Wahllokal auf Grund der baulichen Gegebenheit oder der eingeschränkten Auswahlmöglichkeit geeigneterer Wahllokale keinen barrierefreien Zugang hat, dann steht jeder Wählerin bzw. jedem Wähler, zur Wahrung seines Wahlrechts, die Möglichkeit der Briefwahl offen.

---

zu 4.2 Frage des Stadtverordneten Marco Nezi Nr. 02/24.04.2015 B90/Die Grünen-Fraktion Vorlage: VO/4002/2015

Kann der Magistrat bitte zügig (noch in dieser "Saison") eine Klein(st)kinder schaukel für den Spielplatz in der Dörfflerstraße installieren, um den zahlreichen (Klein)kindern, die dort wohnen und diesen Platz sehr gut annehmen, auch ein sicheres Schaukelvergnügen zu ermöglichen?

Es antwortete Bürgermeister Dr. Kahle.

Es muss zunächst geprüft werden, ob noch ausreichend Raum einschließlich des erforderlichen Sicherheitsbereiches für eine Kleinkindschaukel zur Verfügung steht.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Nezi, Fraktion B90/Die Grünen, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.3 Frage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber Nr. 03/24.04.2015 Piratenpartei Vorlage: VO/4003/2015

Am 25. März 2015 war der Stadtverordnetensitzungssaal für die jeden Mittwoch der letzten Monatswoche ab 18:15 dort stattfindende Ausländerbeiratssitzung unangekündigt nicht nutzbar. Womit begründet der Magistrat die sich offenbar schon seit Monaten ständig wiederholende anderweitige Belegung der eigentlich für die Ausländerbeiratssitzung vorgesehenen Räumlichkeit, oftmals sogar ohne dies rechtzeitig anzukündigen?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Der FD Personal-, Organisations- und Beteiligungsmanagement, welcher für die Raumbelegung zuständig ist, versucht allen internen und externen Anfragen gerecht zu werden. Obwohl der Stadtverordnetensitzungssaal dem Ausländerbeirat für seine monatlich stattfindenden Sitzungen grundsätzlich vorbehalten ist, kann es bei Anfragen dazu kommen, dass der Ausländerbeirat in einen anderen Sitzungsraum ausweichen muss.

Dies ist vor allem dann gegeben, wenn Veranstaltungen öffentlich zugänglich sind, sie viel Platz für Zuhörer benötigen und sie einen barrierefreien Zugang erfordern. Bei dem hier angesprochenen Termin am 25. März handelte es sich um ein Bürgerforum, das nur im Stadtverordnetensitzungssaal stattfinden konnte.

Wie bei allen Veranstaltungen bzw. Raumanfragen hält der zuständige Fachdienst jedoch immer Rücksprache mit den Betroffenen und kündigt, in der Regel, ein Ausweichen rechtzeitig an, um genügend Vorlaufzeit zu gewähren. Der Ausländerbeirat wurde Anfang Februar darüber informiert, dass die März-Sitzung im Sitzungssaal „Hohe Kante" stattfinden müsse.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster, Marburger Linke, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.4 Frage des Stadtverordneten Winfried Kissel Nr. 04/24.04.2015 CDU-Fraktion Vorlage: VO/4004/2015

Wann ist mit der Reparatur / Erneuerung des Pfosten am Bolzplatz Ginseldorf zu rechnen? Dieser ist seit einiger Zeit umgebrochen und wurde noch nicht erneuert.

Es antwortete Bürgermeister Dr. Kahle.

Es wurde geprüft, ob der defekte Betonpoller repariert werden kann. Dies ist leider nicht möglich.
Ein neuer Poller ist bestellt und soll in ca. 6 - 8 Wochen geliefert und eingebaut werden.

---

zu 4.5 Frage des Stadtverordneten Winfried Kissel Nr. 05/24.04.2015 CDU-Fraktion Vorlage: VO/4005/2015

Gibt man das Fahrtziel Klinikum Marburg in sein Navi ein, führen alle Navigationssysteme aus Richtung Norden kommend durch Ginseldorf.
Um eine Verkehrsberuhigung der Kreisstraße K 34 in der Ortsdurchfahrt Ginseldorf zu erreichen, stellt sich die Frage, ob dies geändert werden kann? Kann der Magistrat in dieser Angelegenheit tätig werden?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Die Funktions- bzw Arbeitsgrundlage aller herkömmlichen Navigationsgeräte bildet in der Regel das Kartematerial einer der drei Kartierungsfirmen Here (vorher NAVTEQ), Google (Kartendienst Google Maps) oder TomTom.

Grundlagen für die jeweilige Routenberechnung sind zum einen die Abstufungen (Klassifizierungen) der einzelnen Straßen und zum anderen auch Verkehrsregelungen (Beschilderung) und eventuelle Verkehrsverbote für bestimmte Verkehrsarten. Also alle Informationen, die in der Datenbank der jeweiligen Kartierungsfirma für die betroffenen Straßen hinterlegt sind.

Bei den meisten Navigationssystemen kann neben anderen Einstellungen (z.B. „vermeide Autobahnen" o.ä.) in der Regel zwischen den Einstellungen „schnellste Route" und „kürzeste Route" gewählt werden. Allein durch diese Funktion nimmt der Nutzer des Gerätes, bewusst oder auch unbewusst, unmittelbar Einfluss auf die Routenberechnung des Navigationssystems.

Eine Nachfrage bei der Firma Here hat ergeben, dass für den Verbindungsweg zwischen Bauerbach und den Lahnbergen alle Abstufungsmöglichkeiten (LKW-Sperrung, zulässige Höchstgeschwindigkeit 40 km/h) hinsichtlich der Routenauswahl bereits in die Datenbank aufgenommen worden sind. Dadurch hat diese Verbindung gegenüber den klassifizierten Straßen eine geringere Präferenz.
Bei den anderen beiden Anbietern besteht, aufgrund der nicht vorhandenen Möglichkeit, direkten Kontakt mit einem zuständigen Geographen herzustellen, keine unmittelbare Abfragemöglichkeit, mit welcher Priorität die Verbindungsstraße in der Datenbank erfasst ist.
Die Nachfrage hat weiterhin ergeben, dass nur tatsächlich vorhandene Verkehrsregelungen bei der Kartierung berücksichtigt werden können. Darüber hinausgehende Forderungen von Kommunen können dabei nicht berücksichtigt werden.
Die Straßenverkehrsbehörde hat die Routenplanungen aus Richtung Kassel (Norden) zum Klinikum auf den Lahnbergen auf den Web-Seiten der drei Kartierungsfirmen überprüft. Die Strecke von der Auffahrt auf den vierspurig ausgebauten Teil der B 3 (Knoten B 3/B 62, Auffahrt Ginseldorf/Bürgeln) ist über Ginseldorf/Bauerbach um ca. 3 km kürzer als über die B 3 und Panoramastraße. Bei zwei der drei Anbieter wird bei der Standardeinstellung (schnellste Route) nicht über Ginseldorf, sondern über die B 3 geführt. Lediglich bei individuell vorgenommenen Routenoptionen wie z.B. „kürzeste Route" erfolgt dann die Verkehrsführung über die Stadtteile Ginseldorf und Bauerbach.

---

zu 4.6 Frage der Stadtverordneten Sonja Sell Nr. 06/24.04.2015 SPD-Fraktion Vorlage: VO/4006/2015

Die Tagesanlaufstelle und die Fachberatung Wohnen des diakonischen Werks Oberhessen sowie das städtische Übernachtungsheim sind in der Gisselberger Straße 35 / 35a untergebracht. Welche Eigentumsverhältnisse bestehen bei den unmittelbar betroffenen Grundstücken und den angrenzenden Flächen und welche bau- und denkmalrechtlichen Möglichkeiten (und ggf. Beschränkungen) bestehen hinsichtlich einer Sanierung und baulichen Ergänzung?

Es antwortete Bürgermeister Dr. Kahle.

Das Grundstück Gemarkung Marburg Flur 16 Flurstück 62/9 (Gisselberger Straße 35/35a) ist im Eigentum der Universitätsstadt Marburg.
Das angrenzende Grundstück Gemarkung Marburg Flur 16 Flurstück 62/10 (Gisselberger Straße 33 und Teichwiesenweg 8) ist im Eigentum der Praxis gGmbH.
Das angrenzende Grundstück Gemarkung Marburg Flur 16 Flurstück 76/6 (Sportfeld) ist im Eigentum der Universitätsstadt Marburg.
Das angrenzende Grundstück Gemarkung Marburg Flur 16 Flurstück 76/7 (Gisselberger Straße 37 und 37a Eigentumswohnungen) ist im Eigentum verschiedener Privateigentümer.

Das Gebäude Gisselberger Straße 35/35 a ist kein Kulturdenkmal. Der Bebauungsplan lässt keine Erweiterungsmöglichkeiten in Richtung Strasse zu.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell, SPD, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.7 Frage des Stadtverordneten Ralf Laumer Nr. 07/24.04.2015 SPD-Fraktion Vorlage: VO/4007/2015

Die STVV hat am 26.09.2014 beschlossen und die Verwaltung beauftragt zu prüfen, welche der im Bürgerprogramm des Bürgerforums Buga 2029 formulierten Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger bereits jetzt umgesetzt werden könnten bzw. kurz- oder mittelfristig realisierbar wären. Wie ist hier der aktuelle Stand?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Im Bürgerprogramm des Bürgerforums BUGA 2029 sind eine Vielzahl von Vorschlägen zu Maßnahmen von den mitwirkenden Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet worden. Quantität und Qualität der Vorschläge sind so umfangreich, dass eine sorgfältige Auswertung und Beurteilung dieser Maßnahmenvorschläge erforderlich ist. Zahlreiche Ideen des Bürgerprogramms lassen sich aber im Rahmen bereits laufender Projekte aufgreifen.
Beispielhaft seien hier die Vorschläge zur Elektromobilität, zur Museumslandschaft, zu Wohnungsbauprojekten in der Innenstadt, zur Entwicklung des Lahntals als zentrales Naherholungsgebiet (Lahnstudie!) sowie zum Waggonhallen-Areal genannt.

Konkrete neue Maßnahmen konnten in die Beratungen für den Doppelhaushalt 2015/2016 nicht mit aufgenommen werden. Die Aufnahme soll für die Haushaltsberatungen 2017 beantragt werden.

---

zu 4.8 Frage des Stadtverordneten Ralf Laumer Nr. 08/24.04.2015 SPD-Fraktion Vorlage: VO/4008/2015

Die STVV hat am 26.09.2014 beschlossen und die Verwaltung damit beauftragt, die Bürgerbeteiligung zur Bundesgartenschau 2029 auf der Basis der gemachten Erfahrungen fortzuführen und weiterzuentwickeln. Wie sehen hier die konkreten Planungen des Magistrats aus?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Schlüssel für die weitere Bürgerbeteiligung im Rahmen einer möglichen Buga-Bewerbung ist wie im September ebenfalls beschlossen eine Machbarkeitsstudie zur B3-Untertunnelung, die - wenn es nach der Stadt geht - noch 2015 in Auftrag gegeben werden soll. Anhand der Ergebnisse wird die Buga-Bürgerbeteiligung fortgeführt und weiterentwickelt. Die Stadtverordnetenversammlung hat als Voraussetzung Mittel für die Studie im Doppelhaushalt eingestellt und dies mit dem Komplementärmitteln von Land und Bund verknüpft. Die Gespräche hierzu laufen. Eine Aufstellung und Prüfung der Umsetzbarkeit weiterer Vorschläge des Bürgerprogramms unabhängig von einer Buga-Bewerbung ist eine umfassende Aufgabe. Ziel ist es, sie nach den Sommerferien vorzulegen. Vorgesehen ist zudem, die bisherigen Schritte des Buga-Beteiligungsprozesses im Mai mit den Bürgerredakteuren auszuwerten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Marburger Linke, und Göttling, Bündnis 90/Die Grünen, werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.9 Frage der Stadtverordneten Johanna Seelig Nr. 09/24.04.2015 SPD-Fraktion Vorlage: VO/4009/2015

Bis zum 17.04.2015 wird eine Anwohnerbefragung zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie durchgeführt. Die Befragung ist anonym. Wer ist dafür verantwortlich? Warum wurden nur sieben Stadtteile ausgewählt? Wurden die entsprechenden Ortsbeiräte beteiligt? Welche Kosten sind dafür veranschlagt?

Da die Fragestellerin heute nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

Die Anwohnerbefragung zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie geschieht im Rahmen eines Förderprogrammes des Landes Hessen und der Europäischen Union mit Zuschüssen zu den städtischen Aufwendungen in Höhe von 50 % der voraussichtlichen Gesamtkosten von jetzt 1,2 Mio. €. (Anmerkung für 01: Die ursprüngliche Kostenkalkulation, die im Haushalt steht (1,5 Mio. €) wurde im Rahmen der Ausschreibung unterschritten.)
Diese Anwohnerbefragung ist eine Auflage aus dem entsprechenden Bewilligungsbescheid und damit Bedingung für die Auszahlung der Fördermittel. Selbstverständlich ist die Befragung aus Gründen des Datenschutzes anonym durchzuführen. Weiterhin ist in dem Bewilligungsbescheid geregelt, dass keine Vollerhebung sondern eine repräsentative Stichprobenerhebung in ausgewählten Gebieten durchzuführen ist, was letztlich auch kostengünstiger ist. Dafür wurden die Stadtteile Cappel, Cyriaxweimar, Dagobertshausen, Elnhausen, Haddamshausen, Moischt und Ronhausen ausgewählt.

Die Ortsvorsteher dieser Stadtteile wurden rechtzeitig vor Beginn der Befragung durch ein von OB Vaupel und BM Dr. Kahle unterzeichnetes Schreiben unter Beifügung der vollständigen Befragungsunterlagen (Anschreiben und Fragebogen) informiert. Die Kosten für die Befragung belaufen sich auf 20.944 €, was in Anbetracht der genannten Fördermittel in Höhe von rund 600 T € gut angelegtes Geld ist. Im Herbst 2015 ist nach der Umstellung auf die LED-Beleuchtung die Befragung gemäß Bewilligungsbescheid zu wiederholen. Diese zweite Befragung ist in den Kosten von 20.944 € bereits enthalten.

---

zu 4.10 Frage des Stadtverordneten Jan Schalauske Nr. 10/24.04.2015 Marburger Linke-Fraktion Vorlage: VO/4010/2015

Die alljährlich stattfindende Abiparade ist bei den Schüler/innen und ihrem Umfeld sehr beliebt. Schüler/innen beklagen, dass ihr Jahrgang rund 200 Euro pro Wagen an den TÜV bezahlen muss, eine Summe die sie schwer aufbringen können. Sieht der Magistrat Möglichkeiten, die Schüler/innen ggf. in Absprache mit dem TÜV zu unterstützen?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Die Abi-Parade wird von einem privaten Veranstalter organisiert.

Bei 70 bis 100 Schülerinnen und Schüler pro Wagen sind für die TÜV-Prüfung pro Person lediglich ca. 2,00 € bis 3,00 € aufzuwenden.

Die Stadt Marburg unterstützt den Veranstalter bereits mit einer großen Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die während der Abi-Parade mit dem Sicherheitsdienst des Veranstalters für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sorgen und zusammen mit der Verkehrspolizei den Verkehr regeln.

Eine weitere Unterstützung des privaten Veranstalters ist zurzeit nicht vorgesehen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Suntheim-Pichler, BfM, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Frage des Stadtverordneten Henning Köster Nr. 11/24.04.2015 Marburger Linke-Fraktion Vorlage: VO/4011/2015

Das Marburger Bordell 'Erotic Island' plakatiert erneut flächendeckend und an zentralen Brückenkreuzungen für ein sog. Event am 18/04/15 mit dem Ziel eine weitere Niederschwelligkeit des Bordellzutritts herzustellen.

Warum schützt das Ordnungsamt erneut nicht Kinder und Jugendliche vor der Werbung für eine Einrichtung, um die herum es lt. Polizei organisierte Kriminalität gibt und in der Frauen eingeschüchtert und ausgebeutet werden?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Werbung für Bordelle ist bundesweit nicht verboten. Das Marburger Ordnungsamt kann nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben handeln.

Die Stadt Marburg hat in ihrer Stellungnahme zum Prostitutionsschutzgesetz gefordert, Werbung für Prostitution zu untersagen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster, Marburger Linke, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.12 Frage des Stadtverordneten Henning Köster Nr. 12/24.04.2015 Marburger Linke-Fraktion Vorlage: VO/4012/2015

Welche konkreten kriminellen Aktivitäten wurden seit dem 01/01/14 nach Erkenntnissen der Polizei in und um das Marburger Bordell 'Erotic Island' ausgeübt? Gibt es Ermittlungen und Verhandlungserfolge im Zusammenhang mit möglicher Zwangsprostitution vor Ort?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

Die Polizei kann aus ermittlungstaktischen Gründen keine Auskunft geben.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Köster, Marburger Linke, werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Frage des Stadtverordneten Ulrich Severin Nr. 13/24.04.2015 SPD-Fraktion Vorlage: VO/4013/2015

Wie viele alleinerziehende Familien (wenn erfasst: bitte auch Haushaltsgröße angeben) haben sich in den letzten drei Jahren beim Wohnungsamt um eine Wohnung beworben und wie lange mussten sie auf die Vermittlung einer Wohnung warten?

Es antwortete Oberbürgermeister Vaupel.

In den vergangenen drei Jahren waren zum jeweiligen Stichtag bei dem Fachdienst Wohnungswesen als wohnungssuchend registriert:

01.11.2012: 120 alleinerziehende Familien
01.11.2013: 113 alleinerziehende Familien
01.11.2014: 126 alleinerziehende Familien

Über die Dauer bis zur Vermittlung einer passenden Wohnung können keine konkreten Angaben gemacht werden, da diese Daten nicht speziell erhoben werden.

Der Zeitraum reicht jedenfalls von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten. Vereinzelt gibt es auch längere Wartezeiten, da durch Wünsche der Wohnungssuchenden, beispielsweise hinsichtlich Kindergarten, Schule oder Wohngebiet, nicht immer schnell eine geeignete Wohnung gefunden werden kann. In der Regel erfordert die Wohnungssuche alleinerziehender Familien konkret individuell zugeschnittene Lösungen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin, SPD, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die Kleinen Anfragen Nr. 14 bis 16 werden schriftlich mit dem Protokoll beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlagen bei.

---

zu 5 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments

Die Stadtverordnetenvorsteherin begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter des 9. Kinder- und Jugendparlaments der Universitätsstadt Marburg zum Vortrag des jährlichen Berichts über ihre Arbeit. Es berichten Jona Hartmann, Fiona Kubera und Manuel Greim
Angesprochen werden die zahlreichen im letzten Jahr der Legislaturperiode des 9. KiJuPa durchgeführten Aktionen wie zum Beispiel der Hessischer Kinder- und Jugendtag, die Abschlussfahrt nach Straßburg und die Aktionen auf dem Weihnachtsmarkt.
Weiterhin wird Bezug genommen auf die Wahlen zum 10. Kinder- und Jugendparlament, die vom 16. Bis 27. März durchgeführt wurden. Die Wahlbeteiligung lag erfreulicherweise bei fast 62 %.
Die konstituierende Sitzung wird am Donnerstag, dem 7. Mai um 15.30 Uhr in der Aula der Kaufmännischen Schulen stattfinden.
Der Vorsitzende Jona Hartmann trug auch einen Blick in die Zukunft vor. Gewünscht wird z.B. eine Ausweitung des Fahrkartenservice beim RNV und natürlich eine intensivere Teilnahme der Stadtverordneten an den Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments.

Lobend erwähnt wird die regelmäßige Teilnahme des Stadtverordnetenvorstehers Heinrich Löwer und des Bürgermeisters Dr. Franz Kahle. Dadurch erkennen die KiJuPa-Mitglieder, dass ihre Arbeit ernst genommen wird.

Das Antragsrecht des KiJuPa an die Stadtverordnetenversammlung wird besonders als wertvoll erachtet.

Nach dem Vortrag bedankt sich die Stadtverordnetenvorsteherin im Namen des gesamten Hauses für den lebendigen Bericht und wünscht weiterhin viel Freude bei allen Unternehmungen.
Wie auch in den vergangenen Jahren üblich wird eine Einladung zum Pizzaessen ausgesprochen.

---

zu 6 Bericht des Beirats für Stadtgestaltung

Die Stadtverordnetenvorsteherin erläutert, dass der Beirat für Stadtgestaltung nunmehr seinen vierten Jahresbericht vorstellt. Der Beirat wurde im Juni 2012 neu gebildet.

Die Stadtverordnetenvorsteherin begrüßt den Vorsitzenden des Beirates für Stadtgestaltung, Herrn Architekten Holger Zimmer aus Wiesbaden und erteilt ihm das Wort für seinen zweiten Bericht in der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Zimmer erläutert die Aufgabenstellung des Beirats anhand einer Powerpoint-Projektion und geht auf verschiedene Projektschwerpunkte in Marburg ein. Der Beirat tagt etwa alle zwei Monate.
Besonders erwähnt werden: Workshop Wohnungsbau mit GWH und Ortsbeirat Richtsberg, neue Wohnungsbaumodelle zur Schaffung günstigen Wohnraums, Verbesserung von bestehenden Wohnquartieren anhand von Beispielen, Entwurf gewagter Bauprojekte im Marburger Norden zwischen Straße und Bahnkörper, Wohnungsbau im Vitosgelände, Erweiterung des Herderinstituts, Maßnahme Deutscher Sprachatlas, Gutenbergplatz-Bebauung, Weidenhäuser Brücke (Geländer) und Moschee-Projekt.
Die Arbeit des Gestaltungsbeirats dient durch seine teilweisen öffentlichen Sitzungen der besseren Kommunikation und führt somit zu einer höheren Baukultur in der Universitätsstadt.
Nach dem sehr interessanten Vortrag beantwortet Herr Zimmer noch Fragen aus dem Hause.

Die Stadtverordnetenvorsteherin bedankt sich bei Herrn Zimmer für den sehr aufschlussreichen Bericht im Namen der Stadtverordnetenversammlung.

---

zu 7 Besetzung des Ortsgericht Marburg IV (Bauerbach, Ginseldorf, Moischt, Schröck)
- Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in und zugleich Stellvertreter/in der Ortsgerichtsvorsteherin
Vorlage: VO/3920/2015

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Schalauske, Fraktion Marburger Linke.

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten.

Für die Wahl des/der Ortsgerichtsschöffen/in lag nur der in der Vorlage aufgeführte Wahlvorschlag Herr Hans-Werner Ludwig, Am Bornberg 1, 35043 Marburg vor.

Die Fraktionen haben den Wahlvorschlag übernommen. Eine geheime Abstimmung wurde nicht beantragt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den vorliegenden Wahlvorschlag offen durch Handzeichen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit mehr als der Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Hans-Werner Ludwig, Am Bornberg 1, 35043 Marburg wird zum Ortsgerichtsschöffen und zugleich Stellvertreter der Ortsgerichtsvorsteherin für das Ortsgericht Marburg IV (Bauerbach, Ginseldorf, Moischt und Schröck) gewählt.

---

zu 11 Klimaschutzteilkonzept - Klimafreundliche Mobilität - Projekt Lahnberge
Vorlage: VO/3893/2015

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.
Bürgermeister Dr. Kahle erläuterte im Ausschuss die Vorlage und führte aus, dass nach der Diskussion im Magistrat der Beschlusstext wie folgt geändert werde:

I. Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Klimaschutzteilkonzept „Klimafreundliche Mobilität, Projekt Lahnberge“ soll als Grundlage für weitere Maßnahmen und Aktivitäten der Universitätsstadt Marburg im Rahmen des Klimaschutzes und der verkehrlichen Anbindung des Standortes Lahnberge und der Innenstadt Marburg dienen.

2. Die radwegetechnische Anbindung der Lahnberge (UKGM – Standort Marburg, Philipps-Universität – Campus Lahnberge) an die Innenstadt soll kurz- bis mittelfristig umgesetzt werden. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen sind kurzfristig herbeizuführen.

II. Die Stadtverordnetenversammlung wird um folgende Kenntnisnahme gebeten:

Für eine potentiell machbare verkehrliche Entwicklung der Lahnberge mittels einer Seilbahn-Anbindung wird die Konzeptstudie des Büros Schweiger zur Kenntnis genommen.

Der Stadtverordnete Köster gab zu Protokoll, dass die Fraktion Marburger Linke ausdrücklich feststelle, dass ihr „Ja“ zu Punkt I, 1. und I. 2. der geänderten Vorlage keineswegs eine Zustimmung zur Einrichtung einer Seilbahn beinhalte. Inhaltlich schloss sich dieser Anmerkung auch die CDU Fraktion an.

Seitens der CDU wurde darüber hinaus folgender **Änderungsantrag** eingebracht:

Es wird beantragt, Ziffer 3 der ursprünglichen Vorlage (jetzt: II) wird wie folgt zu ändern:

„Für eine potentiell machbare verkehrliche Entwicklung der Lahnberge mittels einer Seilbahn-Anbindung wird die Konzeptstudie des Büros Schweiger zur Kenntnis genommen. Die Planungen für eine Seilbahnanbindung werden nicht weiter verfolgt.“

Begründung:
Der Bau einer Seilbahn auf die Lahnberge ist von der Bevölkerung nicht gewollt und löst verkehrliche Probleme nicht.

Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits am 27.11.2009 mit Ja-Stimmen der CDU, SPD, FDP und MBL folgenden Beschluss gefasst:

1. *Es wird in Marburg keine Seilbahn zwischen Lahntal und Lahnbergen errichtet.*
2. *Der Magistrat wird aufgefordert, alle diesbezüglichen Planungen sofort einzustellen.*

Der Magistrat ist offensichtlich nicht gewillt, sich an diesen Beschluss zu halten, sodass er sinngemäß zu erneuern ist.

Der Vorsitzende hat über den Änderungsantrag zuerst abstimmen lassen:

Der Änderungsantrag der CDU wurde mit 3 Ja – Stimmen (CDU, MBL) bei 6 Nein – Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) und 1 Enthaltung (Marburger Linke) abgelehnt.

Weiterhin wurde getrennte Abstimmung beantragt.

Die Vorsitzende stellte anschließend die Vorlage des Magistrats in der von Bürgermeister Dr. Kahle vorgestellten Fassung zur Abstimmung.

Satz I. 1.
der geänderten Vorlage wurde mit 7 – Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linke) bei 3 Nein – Stimmen (CDU, MBL) zur Annahme empfohlen.

Satz I. 2.
der geänderten Vorlage wurde einstimmig zur Annahme empfohlen.

II. wurde zur Kenntnis genommen.
Aussprache wurde angemeldet

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion.
Der Bau- und Planungsausschuss hat ebenso wie der Umweltausschuss die geänderte Vorlage des Magistrats und den Änderungsantrag der CDU-Fraktion beraten.

Zunächst wurde der Änderungsantrag der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Danach wurde über die Ausgangsvorlage des Magistrats wie im Umweltausschuss getrennt abgestimmt.

Ziffer I., 1.) wurde mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Ziffer I., 2.) wurde mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Der Punkt II., der Vorlage wurde lediglich zur Kenntnis genommen.

Nach den Ausschussberichten eröffnet die Stadtverordnetenvorsteherin die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Brunnet, CDU, Köster, Marburger Linke, Dr. Neuwohner, B90/Die Grünen, Köster, Severin, SPD, Range, CDU, Rink, SPD, Selinka, FDP, Bürgermeister Dr. Kahle, Stötzel und Range, CDU-Fraktion.

Während der Aussprache hat von 18.13 Uhr bis 18.23 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Reinhold Becker, MBL-Fraktion, die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus den Ausschüssen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und BfM sowie Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linken und Piratenpartei sowie einer Enthaltung aus der MBL (Stv. Becker) folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt sodann über die Ziffern 1. Und 2. der Magistratsvorlage getrennt abstimmen.

<u>Zu 1.:</u>

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei und einer Stimme der MBL, sowie Nein-Stimmen von CDU, FDP, BfM und einer Stimme der MBL folgenden Beschluss:

1. ***Das Klimaschutzteilkonzept „Klimafreundliche Mobilität, Projekt Lahnberge“ soll als Grundlage für weitere Maßnahmen und Aktivitäten der Universitätsstadt Marburg im Rahmen des Klimaschutzes und der verkehrlichen Anbindung des Standortes Lahnberge und der Innenstadt Marburg dienen.***

Zu 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

2. ***Die radwegetechnische Anbindung der Lahnberge (UKGM – Standort Marburg, Philipps-Universität – Campus Lahnberge) an die Innenstadt soll kurz- bis mittelfristig umgesetzt werden. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen sind kurzfristig herbeizuführen.***

II. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Für eine potentiell machbare verkehrliche Entwicklung der Lahnberge mittels einer Seilbahn-Anbindung wird die Konzeptstudie des Büros Schweiger zur Kenntnis genommen.

Der Stadtverordnete Köster gibt auch in der Stadtverordnetenversammlung zu Protokoll, dass die Fraktion Marburger Linke ausdrücklich feststelle, dass ihr „Ja“ zu Punkt I, 1. und I. 2. der geänderten Vorlage keineswegs eine Zustimmung zur Einrichtung einer Seilbahn beinhalte.

Inhaltlich schließt sich dieser Anmerkung auch die CDU Fraktion an.

zu 14 Dringlichkeitsanträge

---

zu 14.1 Windkraft am Standort Lichter Küppel Vorlage: VO/4016/2015

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnete Stötzel, CDU-Fraktion.
Die Vorlage des Magistrats „Windkraft am Standort `Lichter Küppel`“ wurde zusätzlich auf die Tagesordnung genommen. Hierzu lag zu Beginn der Sitzung eine Tischvorlage aus. Oberbürgermeister Vaupel, Bürgermeister Dr. Kahle und Herr Schüren geben Informationen zum Sachverhalt. Weiterhin wird der eingereichte dringliche Antrag der CDU-Fraktion für die Stadtverordnetenversammlung „Konsequenzen aus der Windkraft-Fehlplanung“ als **Änderungsantrag** zur Beschlussvorlage aufgerufen und den Mitgliedern des Ausschusses vorgelegt. Der Sachverhalt wurde ausführlich diskutiert.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion hat folgenden Text:

1. **Die im März 2015 mehrheitlich beschlossene Bürgerbefragung wird zurückgestellt und bis auf weiteres nicht durchgeführt.**
2. **Der Magistrat wird aufgefordert, beim Regierungspräsidium darauf hinzuwirken, dass die Windkraft-Vorranggebiete „Lichter Küppel“ sowie „Bürgelner Gleichen“ aus dem Teilregional-plan Energie Mittelhessen herausgenommen werden.**
3. **Insbesondere zur Aufklärung der unnütz verursachten Kosten und Verantwortlichkeiten wird ein Akteneinsichtsausschuss eingesetzt.**

Der Änderungsantrag der CDU und die Beschlussvorlage des Magistrats wurden in Einzelabstimmung zur Beschlussfassung aufgerufen:

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen, MBL und Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU, **Absatz 1 des Änderungs-antrags** abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen, MBL und Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU, **Absatz 2 des Änderungs-antrags** abzulehnen.

Im Ausschuss wurde auch der dritte Absatz zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss empfiehlt mit 3 Stimmen der SPD, den Stimmen der Grünen, MBL und Marburger Linke gegen die Stimmen von CDU und 1 Stimme SPD, **Absatz 3 des Änderungsantrags** abzulehnen.

Beschlussempfehlungen zur Vorlage des Magistrats:

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, Absatz 1 der Beschlussvorlage des Magistrats zuzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, Absatz 2 der Beschlussvorlage des Magistrats zuzustimmen. Die CDU-Fraktion meldete die Aussprache an.

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Debatte.

Zunächst spricht für den Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle. Anschließend sprechen die Stadtverordneten Stötzel, CDU, Schalauske und Köster, Marburger Linke, Rink, SPD, Dr. Uchtmann, MBL, Volz, Bündnis 90/Die Grünen, Schaffner und Range, CDU, Bokelmann, FDP, Köster, Marburger Linke und Rink, SPD, und Heck, CDU-Fraktion. Weiterhin spricht erneut der Bürgermeister.

Nach der Beratung lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Zu Ziffer 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP und MBL sowie Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linken, Piratenpartei und BfM folgenden Beschluss:

Die Ziffer 1. Des Änderungsantrages wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von CDU, FDP und einer MBL-Stimme sowie Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linken, Piratenpartei, BfM und einer MBL-Stimme folgenden Beschluss:

Die Ziffer 2. des Änderungsantrages wird abgelehnt.

Zu Ziffer 3. des Änderungsantrages ist eine Abstimmung nicht erforderlich, da ein Akteneinsichtsausschuss auf Wunsch einer Fraktion eingerichtet werden muss (§ 50 Ziff. 2 HGO).

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage des Magistrats.

Zu Ziffer 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die von der Stadtverordnetenversammlung am 27. März 2015 beschlossene Befragung der Marburger Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich eines Engagements der Stadtwerke Marburg GmbH zum Bau von Windkraftanlagen am Standort „Lichter Küppel“ wird nicht durchgeführt.**

Zu Ziffer 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

2. **Der Magistrat wird beauftragt, beim Regierungspräsidium Gießen darauf hinzuwirken, dass das Vorranggebiet Windenergie (Flächen-Nr. 3130) aus dem Entwurf des Teilregionalplans Energie Mittelhessen herausgenommen und nicht weiterverfolgt wird.**

zu 8 Neugestaltung des Behindertenfahrdienstes Vorlage: VO/3646/2014

Für den Sozialausschuss berichtet die Stadtverordnetenvorsteherin anhand der Niederschrift vom 18. März.

In dieser Sitzung erläuterte die Vorsitzende den Anwesenden, dass in der Sitzung dieses Ausschusses vom 10. Dez. 2014 der erste Teil der Beschlussvorlage, nämlich die Kündigung des bestehenden Vertrages über die Durchführung des Behindertenfahrdienstes, beschlossen worden ist.

Zum zweiten Teil der Beschlussvorlage berichtete Frau Hühnlein, Geschäftsstelle des Behindertenbeirats, aus der Behindertenbeiratssitzung vom 05. März 2015, in der die zukünftigen Berechtigungsmodalitäten und Vertragsbedingungen diskutiert sowie mehrheitlich beschlossen worden sind und beantwortete Fragen der Mitglieder. Den Mitgliedern wurde als Tischvorlage eine verschriftlichte Zusammenfassung hierüber verteilt.

In der sich hieran anschließenden Abstimmung hat der Sozialausschuss die Vorlage jetzt <u>insgesamt</u> einstimmig zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt ebenfalls über die Vorlage insgesamt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Vertrag zur Durchführung des Behindertenfahrdienstes mit dem Unternehmen UniCare UG & Co.KG wird vom Magistrat zum Ende des laufenden Vertragsjahres, also zum 31.05.2015 gekündigt.
Der Magistrat schließt Verträge mit verschiedenen Unternehmen ab, die Sonderfahrzeuge zur Verfügung haben und die ab dem 01.06.2015 den Behindertenfahrdienst übernehmen.

---

zu 9 Marburger Ortsrecht
I. Nachtrag zum Gebührenverzeichnis zur Satzung über die Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/3971/2015

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet die Stadtverordnetenvorsteherin anhand der Niederschrift vom 21. April.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte I. Nachtrag zum Gebührenverzeichnis zur Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 10 Klimaschutzteilkonzept - Klimafreundliche Mobilität für den Schulstandort Leopold-Lucas-Straße
Vorlage: VO/3892/2015

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen. Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der Vorlage.
Die CDU-Fraktion hat im Ausschuss folgende **Erklärung zu Protokoll** gegeben:

Bei dem weiteren Vorgehen und der Diskussion von konkreten Maßnahmen (temporäre Sperrungen, …) sollen die Auswirkungen für den Bachweg sowie die Bushaltestelle an der Schwanallee mit bedacht werden.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet anhand der Niederschrift die Stadtverordnetenvorsteherin.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu der Vorlage.

Als **Protokollnotiz** wurde festgehalten:

Der Schul- und Kulturausschuss bittet um die Erarbeitung eines Zeitplanes und einer Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Klimaschutz-Teilkonzept "Klimafreundliche Mobilität - für den Schulstandort Leopold-Lucas-Straße in Marburg“ soll als Grundlage für weitere Maßnahmen und Aktivitäten der Universitätsstadt Marburg im Rahmen des Klimaschutzes und der Verkehrsentwicklung in diesem Bereich dienen.

---

zu 12 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Öffentliche Auslegung der Flächennutzungsplanänderung Nr. 24/2 "Hinkelbachtal/Ludwigsgrund" im Stadtteil Marbach Vorlage: VO/3905/2015

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen. Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage des Magistrats.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1.1 Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 24/2 "Hinkelbachtal/ Ludwigsgrund" wird entsprechend der Kennzeichnung im Übersichtsplan angepasst.

1.2 Die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 24/2 "Hinkelbachtal/Ludwigsgrund" beschlossen.

---

zu 13 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 24/8 "Hinkelbachtal/Ludwigsgrund" im Stadtteil Marbach Vorlage: VO/3906/2015

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen. Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, SPD-Fraktion. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage des Magistrats.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1.1 Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 24/8 "Hinkelbachtal/Ludwigsgrund" wird entsprechend der Kennzeichnung im Übersichtsplan angepasst.

1.2 Die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB wird für den Bebauungsplan Nr. 24/8 "Hinkelbachtal/Ludwigsgrund" beschlossen.

---

zu 15 Anträge der Fraktionen

---

zu 15.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkraumerweiterung Vorlage: VO/3513/2014

Zu diesem Antrag der CDU-Fraktion ist eine Aussprache vorgesehen.
Die CDU-Fraktion wünscht daher die Vertagung bis zur Maisitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Maisitzung.

---

zu 15.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Marktfrühschoppen 2015 verhindern
Vorlage: VO/3878/2015

Die Fraktion Marburger Linke wünscht die Vertagung bis zur Maisitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Maisitzung.

---

zu 15.3 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Prüfauftrag Mountain-Bike-Strecke
Vorlage: VO/3900/2015

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Volz, Fraktion B90/Die Grünen.
Der Antragstext wurde im Ausschuss wie folgt ergänzt (Ergänzung fett gedruckt):

> *„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:*
>
> *Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt**,***
>
> *in Zusammenarbeit mit der Deutschen Initiative Mountain-Bike e.V., dem Zentrum für Hochschulsport der Philipps-Universität Marburg und den weiteren Akteuren wie Hessenforst oder der Naturschutzbehörde **die Errichtung** einer attraktiven Mountain-Bike-Strecke in Marburg zu prüfen.“*

Der so geänderte Antrag wurde einstimmig zur Annahme empfohlen.

Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden.
Es berichtet die Stadtverordnete Daser, SPD-Fraktion.

Der Schul- und Kulturausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zum geänderten Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Initiative Mountain-Bike e.V., dem Zentrum für Hochschulsport der Philipps-Universität Marburg und den weiteren Akteuren wie Hessenforst oder der Naturschutzbehörde die Errichtung einer attraktive Mountain-Bike-Strecke in Marburg zu prüfen.

---

zu 15.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr. Unterstützung von Vereinen, die Flüchtlinge willkommen heißen Vorlage: VO/3915/2015

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Severin, SPD-Fraktion.

In der Diskussion des Antrags machte der Stadtverordnete Vaupel, CDU-Fraktion, folgenden **Änderungsvorschlag:** (Änderungen durch Unterstreichung hervorgehoben)

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, Marburger Vereine <u>und Einrichtungen</u> bei ihren Bemühungen zu unterstützen, damit Flüchtlinge vermehrt an <u>sportlichen, kulturellen und sonstigen</u> Aktivitäten teilnehmen können und so besser in das gesellschaftliche Leben integriert werden.

Der so geänderte Antrag wurde vom Ausschuss einstimmig zur Annahme empfohlen.
Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Stadtverordnete Daser, SPD-Fraktion.
Der Schul- und Kulturausschuss hat sich dem Votum des Sozialausschusses angeschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, Marburger Vereine <u>und Einrichtungen</u> bei ihren Bemühungen zu unterstützen, damit Flüchtlinge vermehrt an <u>sportlichen, kulturellen und sonstigen</u> Aktivitäten teilnehmen können und so besser in das gesellschaftliche Leben integriert werden.

---

zu 15.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Tarifauseinandersetzung Sozial- und Erziehungsdienste Vorlage: VO/3959/2015

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Severin, SPD-Fraktion.

Der Antrag wurde ausführlich diskutiert. Die Stadtverordnete Wölk formuliert für die SPD-Fraktion folgenden **Änderungsvorschlag:** (Änderungen durch Unterstreichung hervorgehoben)

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung solidarisiert sich mit den Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsberufe. Sie unterstützt die Gewerkschaften Verdi und GEW in der aktuellen Tarifauseinandersetzung.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Lohnforderung und hält eine Neuordnung der Eingruppierungsregeln und die Anpassung der Tätigkeitsmerkmale an die Realität für unverzichtbar, denn der Nachholbedarf ist enorm.
Die Stadtverordnetenversammlung macht zugleich deutlich, dass steigende Kosten im Sozial- und Erziehungsbereich einen entsprechenden Ausgleich aus Bundes- und Landesmitteln erfordern. Das Land muss hierfür vom Bund zur Verfügung gestellte Mittel 1:1 an die Kommunen weitergeben. Der Anteil der Landesfinanzierung an sozialen Dienstleistungen, wie etwa der Kinderbetreuung, muss deutlich erhöht werden, um auskömmliche Versorgung zu erreichen. Das Land wird zudem aufgefordert, Kosten auch dann zu übernehmen, wenn in den Kommunen Standards gesetzt wurden, die über den Mindestbedingungen, wie dies in Marburg im Bereich der Kinderbetreuung schon lange der Fall ist, wo die örtlichen Bedingungen (Gruppengröße, Arbeitszeiten) über den Festsetzungen des Kinderförderungsgesetzes liegen.

Der Stadtverordnete Muth erklärte für die CDU-Fraktion, den Änderungsvorschlag übernehmen und wie folgt zu erweitern:

Der Satz "**Sie unterstützt die Gewerkschaften Verdi und GEW in der aktuellen Tarifauseinandersetzung"** wird aus dem Tenor des Ursprungsantrags gestrichen

Herr Schalauske erklärt für die Antrag stellende Fraktion, dem Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion zuzustimmen, nicht jedoch dem weitergehenden Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion.

Der stellvertretende Vorsitzende ließ zuerst über den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion abstimmen:

Der so geänderte Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, B 90/Die Grünen und Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Der Ausschuss hat danach über den Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion abges
Der so geänderte Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, B 90/Die Grünen, und Marburger Linke bei Enthaltung der CDU ohne Gegenstimmen angenommen und somit der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet berichtet der Stadtverordnete Stötzel, CDU.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Beschlussfassung des geänderten Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit den übrigen Ja-Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung solidarisiert sich mit den Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsberufe. Sie unterstützt die Gewerkschaften Verdi und GEW in der aktuellen Tarifauseinandersetzung. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Lohnforderung und hält eine Neuordnung der Eingruppierungsregeln und die Anpassung der Tätigkeitsmerkmale an die Realität für unverzichtbar, denn der Nachholbedarf ist enorm.

Die Stadtverordnetenversammlung macht zugleich deutlich, dass steigende Kosten im Sozial- und Erziehungsbereich einen entsprechenden Ausgleich aus Bundes- und Landesmitteln erfordern. Das Land muss hierfür vom Bund zur Verfügung gestellte Mittel 1:1 an die Kommunen weitergeben.

Der Anteil der Landesfinanzierung an sozialen Dienstleistungen, wie etwa der Kinderbetreuung, muss deutlich erhöht werden, um eine auskömmliche Versorgung zu erreichen. Das Land wird zudem aufgefordert, Kosten auch dann zu übernehmen, wenn in den Kommunen Standards gesetzt wurden, die über den Mindestbedingungen, wie dies in Marburg im Bereich der Kinderbetreuung schon lange der Fall ist, wo die örtlichen Bedingungen (Gruppengröße, Arbeitszeiten) über den Festsetzungen des Kinderförderungsgesetzes liegen.

---

zu 15.6 Antrag der Piratenpartei betr. Antragsrecht für Ortsbeiräte in der Stadtverordnetenversammlung Vorlage: VO/3963/2015

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet die Stadtverordnetenvorsteherin anhand der Niederschrift vom 21. April.

Die Marburger Linke legte einen Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt vor. Der Sachverhalt und die Formulierung des Antrags wurden ausführlich diskutiert.
Danach wurde einvernehmlich folgende Fassung des Antrags vereinbart:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Schritte eingeleitet werden, um unter Beteiligung der Ortsbeiräte möglichst zeitnah, spätestens aber zur nächsten Kommunalwahl, die Geschäftsordnung der Ortsbeiräte zu überarbeiten (Antragsrecht, Budgetrecht sowie eine Ausweitung der Entscheidungsmöglichkeiten bei Ortsangelegenheiten).

Diesem Antrag sind alle Fraktionen beigetreten.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Schritte eingeleitet werden, um unter Beteiligung der Ortsbeiräte möglichst zeitnah, spätestens aber zur nächsten Kommunalwahl, die Geschäftsordnung der Ortsbeiräte zu überarbeiten (Antragsrecht, Budgetrecht sowie eine Ausweitung der Entscheidungsmöglichkeiten bei Ortsangelegenheiten).

---

zu 15.7 Antrag der Piratenpartei betr.: Bürgerbeteiligungssatzung Vorlage: VO/3970/2015

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet die Stadtverordnetenvorsteherin anhand der Niederschrift vom 21. April.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten.

Die Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen legten einen Änderungsantrag vor, der von der Piraten-Partei nicht übernommen wurde.

Der Änderungsantrag hat folgende Fassung:

Der Magistrat wird gebeten, die bestehenden vielfältigen Instrumente und Akteure der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufzuarbeiten und aus seiner Sicht darzulegen, ob und wenn ja in welcher Form eine Beteiligungssatzung zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in der Universitätsstadt Marburger führen könnte.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU gegen die Stimme der Marburger Linke bei Enthaltung der MBL, **den Änderungsantrag anzunehmen.**

Zur Beschlussfassung über den **ursprünglichen Antrag** wurde Einzelabstimmung beantragt.

Zu Absatz 1:
Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU gegen die Stimme der Marburger Linke bei Enthaltung der MBL, den Absatz 1 abzulehnen.

Zu Absatz 2:
Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU bei Enthaltung der MBL und der Marburger Linke, den Absatz 2 abzulehnen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt zunächst über den geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, CDU, FDP, BfM und Piratenpartei und Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die bestehenden vielfältigen Instrumente und Akteure der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufzuarbeiten und aus seiner Sicht darzulegen, ob und wenn ja in welcher Form eine Beteiligungssatzung zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in der Universitätsstadt Marburger führen könnte.

Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der Piratenpartei:

Zu Absatz 1:
Mit der Stimme der Piratenpartei und Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linken, CDU und BfM sowie bei Enthaltung der MBL und FDP wird der Absatz 1 des ursprünglichen Antrags **abgelehnt.**

Zu Absatz 2:
Mit der Stimme der Piratenpartei und Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, CDU und BfM bei Enthaltung der FDP, MBL und der Marburger Linke wird der Absatz 2 des ursprünglichen Antrags **abgelehnt.**

---

zu 15.8 Antrag Fraktion Marburger Linke betr. Kein Parkhaus auf dem Sparkassen-Parkplatz in der Universitätsstraße Vorlage: VO/3978/2015

Zu diesem Antrag der Fraktion Marburger Linke ist eine Aussprache vorgesehen. Die Fraktion wünscht daher die Vertagung bis zur Maisitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Maisitzung.

---

zu 15.9 Antrag Fraktion Marburger Linke betr. Schlussfolgerungen aus der INWIS-Wohnungsmarktanalyse Vorlage: VO/3979/2015

Zu dieser Vorlage ist eine Aussprache angemeldet worden.
Die Fraktion Marburger Linke spricht sich für eine Vertagung bis zur nächsten Sitzung aus.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

zu 15.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Einführung von Schnellbuslinien Vorlage: VO/3980/2015

Der Antrag ist im Umweltausschuss vertagt worden bis zur Erarbeitung des Nahverkehrsplans.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage somit zurück.

---

zu 16 Kenntnisnahmen

---

zu 16.1 Umfrage zu den Kosten für Klassenfahrten und Schulutensilien Vorlage: VO/3904/2015

Die Vorlage wurde im Schul- und Kulturausschuss beraten und bis zur Maisitzung zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Sitzung im Mai.

---

zu 16.2 Sozialer Wohnungsneubau Marburg 2013 - 2015 Freigabe von Haushaltsmitteln aus dem Finanzhaushalt - Investitionen - 2015 Vorlage: VO/3988/2015

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung abgearbeitet worden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um **21.25 Uhr.**

Wölk
Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stötzel
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

<u>Anlagen</u>
Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen Nr. 14-16
Vorlage TOP 14.1 und Änderungsantrag der CDU-Fraktion

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg 27. April 2015
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn
Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 24. April 2015, hier: Frage Nr. 14

Wie schätzt der Magistrat die Belastung der Ortsdurchfahrten in Hermershausen und Haddamshausen durch den Schwerlastverkehr ein und welche Maßnahmen wird er ggf. ergreifen um diese Belastung der dortigen Bewohner/innen zu reduzieren?

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Thematik Schwerlasterverkehr in den Marburger Stadtteilen Haddamshausen und Hermershausen sowie im weiteren Verlauf durch die Ortschaften Weitershausen, Diedenshausen, Damshausen und Friedensdorf bis Dautphe wurde auf Initiative und Beteiligung der jeweiligen Ortsvorsteher zusammen mit der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Marburg-Biedenkopf, den örtlichen Straßenverkehrsbehörden Marburg, Dautphe und Gladenbach, dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei sowie Hessen Mobil als zuständiger Baulastträger ausführlich erörtert.

Im Bereich der Stadt Marburg handelt es sich um eine klassifizierte Landesstraße. Nach der Verkehrsmengenkarte von Hessen Mobil wird die Landesstraße an der Zählstelle zwischen Hermershausen und Nesselbrunn täglich von 48 großen Fahrzeugen befahren. Darin enthalten sind auch die dort verkehrenden Linienbusse und der Anliegerverkehr zwischen den angrenzenden Gemeinden.

Aus der Sicht aller Beteiligten wäre es wünschenswert, dass die teilweise engen Ortsdurchfahrten vom Schwerlastverkehr nicht befahren werden. Nach § 45 Abs. 9 der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind Verkehrszeichen jedoch nur dort anzuordnen, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist. Insbesondere dürfen Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs (dies wäre eine LKW-Sperrung) nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung erheblich übersteigt.

Die Auswertung des regionalen Verkehrsdienstes der Polizei, bei dem alle polizeilich gemeldeten Unfälle registriert werden, hat ergeben, dass für den gesamten Streckenverlauf kein auffälliges Unfallgeschehen vorliegt. Da die in der Straßenverkehrsordnung geforderten Voraussetzungen für eine LKW-Sperrung nicht gegeben sind, kann dem Wunsch der Ortsvorsteher nach einer Sperrung für LKW durch die Straßenverkehrsbehörden in Abstimmung mit der Polizei und dem Baulastträger nicht entsprochen werden.

Um das Risiko von Gefährdungen zu verringern, wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Nesselbrunner Straße in Hermershausen auf 30 km/h beschränkt.

Zur Verbesserung der Verkehrssituation im unteren Bereich der Nesselbrunner Straße bei evtl. Begegnungsverkehr mit großen Fahrzeugen wird aus beiden Richtungen durch Beschilderung auf die Engstelle hingewiesen. Durch den derzeitigen Bau einer Buswendeschleife am Ortsausgang von Hermershausen in Richtung Allna wird die Nesselbrunner Straße künftig nicht mehr mit Linienbussen befahren.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg 27. April 2015
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Tanja Bauder-Wöhr
Amselstraße 11

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 24. April 2015, hier: Frage Nr. 15

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft darüber geben, welche Möglichkeiten er sieht die Einliegerstraße „Emil-Mannkopffstraße" umzubenennen? Sicherlich ist dem Magistrat bewußt, dass Emil Mannkopff Corpsstudent der farbentragenden und pflichtschlagenden Hasso Nassovia sowie ein begeisterter Teilnehmer am Deutsch- Französischen Krieg war?

Sehr geehrte Frau Bauder-Wöhr,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Emil Mannkopff, geb. 05.06.1836 in Pasewalk, gest. 15.01.1918 in Marburg, war Internist und Hochschullehrer. Er folgte 1867 dem Ruf der Philipps-Universität Marburg auf einen Lehrstuhl für Innere Medizin und war 1878/79 sowie 1885/86 Rektor der Universität. Unter seinem Direktorat wurde insbesondere eine neue Klinik errichtet und 1886 eröffnet. 1891 wurde er Vorsitzender der ärztlichen und zahnärztlichen Prüfungskommission.

Aufgrund seiner besonderen Verdienste als ehemaliger Direktor der Medizinischen Universitätsklinik der Philipps-Universität Marburg wurde ausweislich des Verwaltungsberichts der Universitätsstadt Marburg für das Jahr 1929 unter dem damaligen Oberbürgermeister Johannes Müller die bis dahin Medizin-Straße benannte Querstraße zur Robert-Koch-Straße in Emil-Mannkopff-Straße umbenannt.

Emil Mannkopff hat u.a. an der Universität in Würzburg studiert und wurde 1858, in dem Jahr seiner Promotion, auf Betreiben des Corps Nassovia in Würzburg als sog. Konkneipant aufgenommen. Dies ist ein spezieller Status für ein Mitglied einer Studentenverbindung, das aus Satzungsgründen kein Vollmitglied sein kann und dient u. a. dazu, besonders verdiente Persönlichkeiten in die Gemeinschaft zu integrieren.

Diese Studentenverbindung gibt es heute immer noch. Sie zählt nach eigener Aussage mit über 175 Jahren und ca. 190 Mitgliedern zu einer der ältesten und größten Vereinigungen von Studierenden in Würzburg. Sie gehört dem Dachverband „Kösener Senioren-Convents-Verband" an, einem Zusammenschluss von über 100 Studentenverbindungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und den baltischen Staaten.

Auch Wilhelm-Liebknecht, Mitbegründer der SPD, war u.a. Mitglied des verbundenen Marburger Corps Hasso Nassovia.

Inwieweit sich Emil-Mannkopff in der Verbindung aktiv engagiert hat, ist hier nicht bekannt. Dass er ein begeisterter Teilnehmer am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 gewesen sein soll, war in der damaligen Zeit und angesichts der Rivalität zwischen Preußen bzw. Deutschland und Frankreich nicht ungewöhnlich.

Vor diesem Hintergrund sieht der Magistrat keine Veranlassung, die in 1929 von demokratisch legitimierten Vertreterinnen und Vertretern der Universitätsstadt Marburg getroffene Entscheidung, eine Straße nach Emil Mannkopff zu benennen, zu revidieren.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg 27. April 2015
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau
Stadtverordnete
Tanja Bauder-Wöhr
Amselstraße 11

35043 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 24. April 2015, hier: Frage Nr. 16

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob ihm bekannt ist, ab wann die Knaben Toiletten an der Erich-Kästner-Schule saniert werden?

Sehr geehrte Frau Bauder-Wöhr,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Nach den derzeitigen Planungen wird die im Block K vorhandene Toilettenanlage für Jungen voraussichtlich ab Mitte 2017 grundlegend erneuert.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: VO/4016/2015 Status: öffentlich Datum: 20.04.2015	TOP 14.1
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Dezernat:	I	
Fachdienst:	10 - Personal-, Organisations- u. Beteiligungsmanagement 15 – Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung	
Sachbearbeiter/in:	Dieter Finger Wolfgang Liprecht	
Beratende Gremien:	Magistrat Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Windkraft am Standort „Lichter Küppel"

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die von der Stadtverordnetenversammlung am 27. März 2015 beschlossene Befragung der Marburger Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich eines Engagements der Stadtwerke Marburg GmbH zum Bau von Windkraftanlagen am Standort „Lichter Küppel" wird nicht durchgeführt.

2. Der Magistrat wird beauftragt, beim Regierungspräsidium Gießen darauf hinzuwirken, dass das Vorranggebiet Windenergie (Flächen-Nr. 3130) aus dem Entwurf des Teilregionalplans Energie Mittelhessen herausgenommen und nicht weiterverfolgt wird.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in der Sitzung am 27. März 2015 die Durchführung von 2 Bürgerbefragungen beschlossen, von denen eine die Planungen der Stadtwerke Marburg GmbH zur Errichtung von 2 Windkraftanlagen betrifft. Vor kurzem hat sich im Rahmen der von den Stadtwerken Marburg in Auftrag gegebenen naturschutzfachlichen Untersuchungen zum Rotmilanvorkommen in diesem Gebiet Folgendes ergeben: Zum einen befindet sich im Abstand von ca. 700 Metern ein momentan für die Brut benutzter Horst; zum anderen hat eine tierökologische Raumnutzungsanalyse dieses Rotmilanpaares gezeigt, dass die für die Windkraftnutzung vorgesehenen Flächen von diesen Tieren häufig überflogen werden. Der Rotmilan ist in der Roten Liste des IUCN (Weltnaturschutzunion) als

gefährdet aufgelistet. Daher sollen aus vorrangigen Gründen des Artenschutzes die weiteren Planungen zum genannten Windkraftstandort „Lichter Küppel" eingestellt werden. Damit wird die beschlossene Bürgerbefragung zum Windkraftstandort „Lichter Küppel" obsolet, so dass der ursprünglich hierzu gefasste Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wiederum durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung formal zurückzunehmen ist.

Darüber hinaus ist beim Regierungspräsidium Gießen darauf hinzuwirken, dass das Vorranggebiet Windenergie (Flächen-Nr. 3130) aus dem Entwurf des Teilregionalplans Energie Mittelhessen herausgenommen und nicht weiterverfolgt wird, da dieser Standort aus Gründen des Artenschutzes (s. o.) ungeeignet ist.

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Änderungsantrag der CDU-Fraktion	Vorlagen - Nr.: VO/4017/2015 Status: öffentlich Datum: 21.04.2015 Eingang: 21.04.2015	TOP Zu 14.1
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
Beratende Gremien:	Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Änderungsantrag der CDU- Fraktion betrifft: Konsequenzen aus der Windkraft-Fehlplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. **Die im März 2015 mehrheitlich beschlossene Bürgerbefragung wird zurückgestellt und bis auf weiteres nicht durchgeführt.**
2. **Der Magistrat wird aufgefordert, beim Regierungspräsidium darauf hinzuwirken, dass die Windkraft-Vorranggebiete „Lichter Küppel" sowie „Bürgeiner Gleichen" aus dem Teilregionalplan Energie Mittelhessen herausgenommen werden.**
3. **Insbesondere zur Aufklärung der unnütz verursachten Kosten und Verantwortlichkeiten wird ein Akteneinsichtsausschuss eingesetzt.**

Begründung:

Zu 1.) Der Abbruch der Planungen von Windkraftanlagen am „Lichter Küppel" hat eine Befragung zu diesem Thema überflüssig gemacht, soweit sie überhaupt als sinnvoll angesehen werden konnte.
Diese Veränderung hat eindrucksvoll vor Augen geführt, dass eine Befragung „mit der Brechstange" Geldverschwendung ist. Wäre erst wenige Wochen später bekannt gemacht worden, dass die Bebauung hier naturschutzrechtlich nicht möglich ist, wäre die Befragung mit erheblichen Kosten durchgeführt worden, ohne dass es am Ergebnis irgendetwas geändert hätte.
Die Befragung zu den Ortsbeiräten ist isoliert ebenfalls nicht durchzuführen. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis, weil das Ergebnis der Befragung überhaupt nicht umsetzbar ist. Hier sollte zumindest erst Klarheit geschaffen werden, worüber man dann abstimmen läßt (Ortsbezirksgrenzen, Größe der Ortsbeiräte, Kosten, evtl. Veränderung der Aufgaben zu größeren sachlichen und finanziellen Entscheidungsspielräumen).

Zu 2.) Das betroffene Gebiet kann aus naturschutzrechtlichen Gründen kein Vorranggebiet für Windkraftanlagen mehr sein, sodass eine entsprechende planungsrechtliche Anpassung erforderlich ist.

Zu 3.) Im Rahmen eines Akteneinsichtsausschusses soll insbesondere geklärt werden, welche Kosten hier insgesamt (einschl. Vorbereitung der Befragung) bislang unnütz entstanden sind und wer dies zu verantworten hat.

Wieland Stötzel	**Mathias Range**	**Joachim Brunnet**
Manfred Jannasch	**Anni Röhrkohl**	**Karin Schaffner**